



POSITION

Europa öffne deine Türen! - Flucht ist kein Verbrechen

In den letzten Wochen und Monaten konnten wir fast täglich Berichterstattungen über Geflüchtete in den Medien verfolgen. Viele tausend Menschen sind auf der Flucht nach Europa ums Leben gekommen; einer neuen Schätzung zufolge sind dies 23.000 Menschen seit dem Jahr 2000. Da die Grenzen nach Europa sehr stark bewacht sind und sich die europäischen Mitgliedsstaaten zunehmend von der „Außenwelt“ abschotten, versuchen viele Flüchtende über den Seeweg nach Europa zu kommen. Viele der Flüchtenden haben bereits vor der lebensgefährlichen Überfahrt viele hundert, manchmal auch tausende Kilometer zurückgelegt. Sie haben alles hinter sich gelassen. Sie besitzen oft nicht mehr als das, was sie am Körper tragen. Sie fliehen vor Krieg, Hunger, Gewalt, Verfolgung oder vor (sexueller) Ausbeutung. Sie haben ihre Heimat verlassen, um ihr Leben zu retten. In restlos überfüllten Booten machen sie sich auf den Weg, meist von Nordafrika, nach Europa.

Diejenigen, die an Europas Küsten landen, müssen erfahren, dass sie nicht die gleichen Rechte haben wie alle anderen dort Lebenden. Andere fliehen über den Landweg. Sie kommen zum Beispiel aus Syrien. Der anhaltende Krieg dort, die Unruhen z.B. in der Ukraine und viele weitere Krisenherde auf der Welt werden den Strom von Flüchtenden in den nächsten Jahren kaum abreißen lassen. Im Gegenteil, die Zahl Derjenigen, die auf der Suche nach einem Leben ohne Angst und Hunger sein werden, wird vermutlich steigen.

Die Europäische Union wird auch weiterhin das Ziel vieler dieser Flüchtenden sein. Deutschland wird auch zukünftig Geflüchtete aufnehmen. Die Frage ist nur, wie zukünftig mit Menschen in diesem Land und in der EU umgegangen werden soll. In den vergangenen Jahren befasste sich das Jugendwerk der AWO immer wieder mit dem Thema Flucht & Asyl. Bereits auf den letzten Konferenzen wurden zu den Themen Beschlüsse gefasst. Leider hat sich in jüngster Vergangenheit wenig an der Lage von Geflüchteten in Deutschland geändert. Noch immer bestehen Residenzpflicht, Asylbewerberleistungsgesetz und Sammelunterkünfte. Noch immer haben Geflüchtete nicht die selben Rechte wie andere Einwohner*innen Deutschlands und Europas. Noch immer dürfen Geflüchtete ihren

Lebensunterhalt nicht von Beginn an selbst verdienen, sich nicht selbst eine Wohnung suchen oder an Integrationskursen teilnehmen. Viele 'Geduldete' sind jahrelang von einer Abschiebung bedroht.

Wir fordern von der Bundesregierung und dem Bundestag sowie dem Europäischen Parlament, dass Flucht in Europa nicht länger wie ein Verbrechen behandelt wird. Wir fordern, dass Geflüchtete von Beginn an die selben Rechte haben wie alle anderen Bewohner*innen dieses Landes. Das, was Deutschland und die Europäische Union nach außen vertreten, müssen sie auch selbst umsetzen. Wenn diese „Wertegemeinschaft“ sich anderswo gegen Menschenrechtsverletzungen einsetzt, darf sie diese nicht selbst begehen. Flucht ist kein Verbrechen!